

Bern: Koalition für die Familie gegründet

In Bern haben Vertreterinnen und Vertreter aus rund 20 familienorientierten Organisationen sowie familienorientierte Politikerinnen und Politiker am 18. Juni die „Koalition für die Familie“ gegründet. An einem „Fokustag für die Familie“ haben sie Bundesrat und Parlament aufgerufen, die Familien in der Schweiz wert zu schätzen und zu stärken.

Die Koalition für die Familie setze sich für eine Familienpolitik auf Bundesebene ein, die an gesunden und starken Familien interessiert ist, wie die Initianten im Berner Bundeshaus erklärten. Die 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verabschiedeten am „Fokustag für die Familie“ ein Leitbild der Koalition und formulierten einen Appell an Bundesrat und Parlament. Dieser Appell wird Bundesrat Couchepin von einer Delegation am Montag überreicht und erläutert. 15 Mitglieder des Nationalrates haben der Koalition und ihren Zielen ihre Unterstützung zugesichert.

Die beteiligten Organisationen wollen die Familie mit praktischer Hilfe sowie Beratung, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Die Koalition bündelt diese Leistungen und versteht sich als politisches Sprachrohr. Denn Familien litten heute unter dem modernen Individualismus und dem Trend zur Unverbindlichkeit sowie einem fortschreitenden Werteverlust, betonte Christa Leonhard, Mitglied der Stiftungsleitung der Schweizerischen Stiftung für die Familie (SSF). Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie das gesellschaftliche und soziale Umfeld hätten neue Formen familiären Zusammenlebens hervorgebracht, die aber oft weniger tragfähig seien als die ursprüngliche Familie. Zunehmende Erziehungs- und Suchtprobleme, aber auch die massive Zunahme jugendlicher Sozialfälle, seien Folgen davon.

Die Koalition für die Familie betont einerseits die Eigenverantwortung der Familienväter und -mütter, erwartet aber auch vom Staat, dass er die Familie wertschätzt und ihre Leistungen anerkennt. Dies müsse zum Beispiel durch eine Reduktion der staatlichen Transferausgaben geschehen, die sich für eine Familie mit drei Kindern von 1990 bis 2001 verdoppelt hätten, sagte Käthi Kaufmann, Leiterin der „Interessengemeinschaft Familie 3 plus“ (IG3plus).

Die Politik müsse den Wert von gesunden und starken Familien für den Erhalt der Gesellschaft erkennen, ohne aber neue Familienformen, insbesondere Einelternfamilien, zu vernachlässigen, halten die Initianten der Koalition fest. Nationalrat Walter Donzé (EVP BE) forderte eine bessere Lobby für die Familie und eine vom Bund koordinierte Familienpolitik auf den drei Ebenen Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Staat müsse ein Interesse an gesunden Familien haben und für sie bessere Rahmenbedingungen schaffen, welche die Familie bei ihrem Auftrag nicht hindern, sondern sie befähigen, ihre Leistungen zugunsten der Gesellschaft zu erbringen, betonte Nationalrat Markus Wäfler (EDU). Der Spurgruppe der Koalition gehören auch Nationalrätin Elvira Bader (CVP) sowie Walter Schmied (SVP) an.

Da neue Gesetze und Verordnungen oft ungewollt Familien mit Kindern benachteiligen, schlägt die Koalition für die Familie zur Wahrnehmung der Familieninteressen auf Bundesebene eine Familienverträglichkeitsprüfung sowie eine interdepartementale Koordination vor. Besondere Aufmerksamkeit sei ausserdem dem Jugendschutz zu schenken, der immer stärker gefordert sei, insbesondere durch Angebote im Internet.

Die Familie ist nach dem Verständnis der „Koalition für die Familie“ die Urzelle der Gesellschaft. Sie wird durch eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann begründet, die gemeinsam das Leben an die nächste Generation weiter geben. Sie ist in allen Kulturen und Religionen die am stärksten verbreitete Familienform, oft erweitert durch eine bis zwei Generationen. Der Staat soll durch seine Gesetze diese ursprüngliche Familienform bevorzugen und stärken und in gleicher Weise mit den Einelternfamilien solidarisch sein.